

Die politischen Sanktionen seitens der EU und Deutschlands gegenüber Russland werden von der deutschen Feuerverzinkungsindustrie ausnahmslos unterstützt. Jedoch wächst die Besorgnis bei vielen Verzinkern im Hinblick auf die Energieversorgung und die steigenden Preise, die die Situation zusätzlich verschlechtern. Da Alternativen zum Erdgas nur mittel- oder langfristig verfügbar sind, stellt sich die Frage, was bei einer Gasverknappung oder einem Lieferstopp passiert. Als systemrelevante Industrie müssen alle Feuerverzinkereien bundesweit einheitlich als Industriekunden mit besonderen Merkmalen eingestuft werden, um weiter arbeitsfähig zu sein. Eine reduzierte Versorgung, die nur das „Warmhalten“ des Zinkessels ermöglicht, wäre nur „Second Best“. Energieverträge zwischen Industrie und Gasversorger müssen gültig bleiben und Förderprogramme mittelstandsfreundlich ausgestaltet werden. Energieeinsparpotentiale werden von den Unternehmen derzeit verstärkt geprüft und umgesetzt.

Hintergrund

Die deutschen Feuerverzinkungsanlagen werden zu mehr als 95 Prozent mit Erdgas betrieben. Aufgrund der hohen Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland gaben ca. 70 % der Mitglieder des Industrieverbandes Feuerverzinken an, dass sie die Befürchtung haben, von der Gasversorgung abgeschnitten zu werden. Die generelle Verfügbarkeit von Gas schätzen über 40 % als schlecht oder sehr schlecht ein. Dies zeigte eine Umfrage des Industrieverbandes Feuerverzinken bei den Mitgliedern am 28. Februar 2022.

Kurzfristige Umstellungen auf andere Energiequellen als Erdgas sind schwierig bzw. nicht möglich. Nicht nur aus wirtschaftlichen und technischen Gründen, sondern auch aufgrund des Genehmigungsprozesses, der erfahrungsgemäß bis zu einem halben Jahr in Anspruch nehmen kann. Schon aus verwaltungsrechtlichen Gründen kann deshalb nicht sofort umgestellt werden. Erdgas ist auch für die Produktion von feuerverzinktem Stahl die zentrale Brückentechnologie, um zukünftig mit anderen Energiequellen zu produzieren. Viele Verzinkereien greifen heute schon auf Solarenergie zurück und nutzen die Abwärme des Kessels für die Vorwärmung der Vorbehandlungsbäder oder zum Beheizen von Büros und Sozialräumen.

Mittelfristig können sich die Unternehmen der Feuerverzinkungsindustrie vorstellen, auf strombeheizte Kessel umzurüsten oder andere Alternativen zu nutzen. Hierzu ist ein gesicherter Strompreis erforderlich, der es ermöglicht, zu wettbewerbsfähigen Preisen, feuerverzinkten Stahl herzustellen. Auch wird Planungssicherheit benötigt, um die Transformation, die hohe Investitionen verursachen wird, zu kalkulieren. Eine Umrüstung auf strombetriebene Kessel produziert bei einer Durchschnittsanlage (7 Meter) Kosten von mehreren hunderttausend Euro. Die Fertigstellung dauert schätzungsweise 2 Jahre, inkl. der Genehmigungen. Zusätzlich sind Sonderabschreibungen für die Restlaufzeit der ausgebauten, alten Anlagentechnik notwendig.

Feuerverzinkter Stahl wird u.a. in der Energieinfrastruktur (bspw. regenerative Energieanlagen, Freileitungsmaste), Verkehrsinfrastruktur (bspw. Leitplanken) oder bei der Solarenergie (bspw. Agri-PV) verwendet. Die Bau- und Automobilindustrie sind auf Zulieferungen und Dienstleistungen der Feuerverzinkereien angewiesen, es gehen aber auch feuerverzinkte Produkte an die Bundeswehr, Feuerwehren, das THW und den Katastrophenschutz. Feuerverzinkter Stahl wird zudem in sicherheitsrelevanten Bauteilen, wie Balkongeländer oder Fluchttreppen eingesetzt. Fallen die Feuerverzinkereien als Zulieferer und Dienstleister aus, werden ganze Lieferketten zum Erliegen kommen.

Politische Forderungen

Bei Force Majeure Ankündigungen durch den Energieversorger darf es nicht dazu kommen, dass die deutsche Feuerverzinkungsindustrie unkontrolliert von der Gasversorgung abgeschnitten wird. Selbst kurzfristige Versorgungsengpässe hätten gravierende Folgen für Verzinkereien. Verzinkungskessel müssen 365 Tage im Jahr mit Gas, bei einer Mindesttemperatur von 440 – 450 Grad, beheizt werden. Fällt die Temperatur unter 420 Grad, „gefriert“ das Zink im Kessel und es entsteht ein existenzbedrohender Schaden. In den deutschen Feuerverzinkereien werden rund 38.880 Tonnen Zink flüssig gehalten. Anders als bei anderen Industrien, kann der Kessel nicht einfach abgeschaltet werden, sondern das Zink muss entweder über 440 Grad gehalten oder aus dem Kessel abgepumpt werden. Da feuerverzinkter Stahl in vielen systemrelevanten Infrastrukturen verbaut wird, sollten die Feuerverzinker als Industriekunden mit besonderen Merkmalen eingestuft und weiterhin mit Gas versorgt werden. Feuerverzinkter Stahl wird u.a. in der Energieinfrastruktur (bspw. Freileitungsmaste), Verkehrsinfrastruktur (bspw. Leitplanken) oder bei der Solarenergie (bspw. Agri-PV) verwendet.

Eine Mindestkapazität, die zumindest das Beheizen des Kessels – ohne Produktion – bei der Mindesttemperatur ermöglicht, ist nur die zweitbeste Lösung und nur temporär wirtschaftlich, da eine Feuerverzinkerei im „Standgas-Betrieb“ einen vergleichsweise hohen Energieverbrauch hat. Jedoch sollte der Grundsatz „Reduzierung vor Abschaltung“ angewendet werden. Die deutsche Feuerverzinkungsindustrie ist auf Erdgas angewiesen und beschäftigt sich deswegen seit Jahrzehnten mit Energieeffizienzmaßnahmen. Der enorme Kostendruck und die Unsicherheit hinsichtlich der Erdgasversorgung haben dazu geführt, dass die Anstrengungen ausgeweitet wurden. Dabei konnten bereits Einsparungen durch eine gezielte Prozessanalyse, das Umstellen von Prozessen oder das Warten von Anlagentechnik erzielt werden. Somit leistet die Industrie ihren Anteil bei den Einsparungszielen.

Kurzfristige Entlastung: Die Feuerverzinkungsindustrie wird seit über zwei Jahren durch die CO₂-Steuer belastet. Das Feuerverzinken wird hierdurch verteuert, obwohl es nachweisbar ein Möglichmacher der Energiewende ist. Dabei gibt es zum jetzigen Zeitpunkt keine gewünschte Lenkungswirkung zu anderen Technologien, weil der Preis sich bereits auf einem extrem hohen Niveau befindet und nicht einfach auf andere Energieträger umgestellt werden kann. Wir wünschen uns als Reaktion auf die verschärfte Verfügbarkeits- und Preissituation von Erdgas am Markt, dass Deutschland Feuerverzinkereien sofort als Carbon-Leakage gefährdete Industrie anerkennt.

Eine weitere Möglichkeit ist, dass die EU einen einheitlichen europäischen Industriestrompreis schafft ([Europäischer Industriestrompreis](#)). Dadurch würden langfristige Anreize gesetzt, um bspw. in strombeheizte Technik zu investieren. Die Unternehmen hätten zusätzlich Planungssicherheit. Als Kompensation würde sich unsere Industrie verpflichten, in den Ausbau regenerativer Energie zu investieren. Somit ergäbe sich eine Win-Win-Situation. Weiterhin könnten sogenannte Carbon Contracts for Difference dabei helfen, die Preisschwankungen zwischen den Energieträgern auf einem wirtschaftlichen Niveau zu halten. Die Nutzung muss aber unbürokratisch und schnell gehen. Der Umstieg auf strombeheizte Kessel ist keine kurzfristige Lösung. Zu überlegen ist zudem, ob es zielführend ist, auch einen europäischen Gaspreis zu fixieren, zumindest kurzfristig. Insbesondere das Marktdesign erhöht den Preisdruck.

Das Abschalten anderer Industrien kann dazu führen, dass die Lieferketten abreißen. Hat die Stahlindustrie bspw. keinen Gaszugang mehr, fehlt der Feuerverzinkungsindustrie der Grundstoff für ihren Prozess. Dieser Engpass würde sich durch alle Lieferketten ziehen. Damit könnten ganze Industriezweige zum Erliegen kommen. Letztlich müssen die Politik und die Entscheider darauf achten, dass es bei einer möglichen Abschaltung einen Fahrplan gibt, der alle Unternehmen gleichbehandelt und ein gewisses level-playing-field eingehalten wird. Eine Bevorteilung einzelner Betriebe hätte enorme Wettbewerbsverzerrungen zur Folge.

Letztlich müssen Gaslieferverträge zwischen unseren Mitgliedern und den Gaslieferanten gültig bleiben. Es kann nicht sein, dass das Energiesicherungsgesetz die Möglichkeit bietet, einseitig den Vertrag zu kündigen. Damit torpediert der Gesetzgeber die betriebswirtschaftliche Weitsicht der deutschen Feuerverzinkungsindustrie, die sich langfristig mit Erdgas eingedeckt hat. Die Erdgasumlage sollte gestreckt und auf 1,5 Cent je kWh für gasintensive Industrien gedeckelt werden. Überdies sollten Förderprogramme mittelstandsfreundlich ausgestaltet sein. Vor allem die Schwellenwerte und die Beantragung sollten unbürokratisch und im Sinne des Mittelstands konzipiert werden. Das Energiekostendämpfungsprogramm ist

sicherlich gut gemeint, aber dessen Ausgestaltung nicht eindeutig. Selbst für Juristen ist kaum festzustellen, ob nun die Prozesswärme berücksichtigt wird oder nicht. Das sollte sich schnellstmöglich ändern.

FORDERUNGEN DER FEUERVERZINKUNGSINDUSTRIE:

- > **Einstufung der Feuerverzinker als Industriekunden mit besonderen Merkmalen:** Feuerverzinkter Stahl ist „systemrelevant“, beispielsweise als unersetzlicher Werkstoff für die traditionelle als auch für die „klimaneutrale“ Verkehrs- und Energieinfrastruktur. Die Feuerverzinkungsindustrie muss deshalb als Industrie mit besonderen Merkmalen eingestuft und die Gasversorgung sichergestellt werden.
- > **Anerkennung der Carbon Leakage Gefahr in unserer Industrie:** Für die Feuerverzinkungsindustrie in Deutschland besteht durch die CO₂-Bepreisung ein immenser Wettbewerbsnachteil gegenüber dem europäischen Wettbewerber. Deswegen sollte sie zumindest temporär von der CO₂-Bepreisung befreit werden. Langfristig ist die Umrüstung auf strombetriebene Kessel ein gangbarer Weg, um klimaneutral zu werden. Dafür ist aber ein wettbewerbsfähiger Strompreis erforderlich, der für mindestens zehn bis fünfzehn Jahre verbindlich gilt.
- > **Gleichbehandlung aller Marktteilnehmer:** Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass die Einstufung einer Industrie deutschlandweit einheitlich geregelt ist. Andernfalls führt ein möglicher Erdgasangel zu einer Wettbewerbsverzerrung, die sich über Jahre manifestieren könnte.
- > **Erdgasumlage sollte auf 1,5 Cent je kWh gedeckelt und ein Belastungsmoratorium für den Mittelstand verabschiedet werden:** Somit würde eine Überlastung des Mittelstands vermieden. Zusätzlich sollten Entlastungsprogramme mittelstandsfreundlich ausgestaltet sein, das Energiekostendämpfungsprogramm verlängert und schnellstmöglich ein Belastungsmoratorium für den Mittelstand eingeleitet werden.